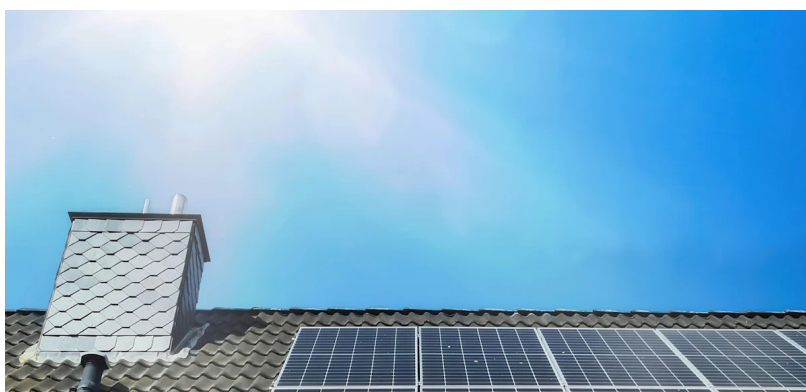


# Minus 499,99 Euro – dieser Solarrekord ist eine schlechte Nachricht für alle Steuerzahler



Von **Daniel Wetzel**  
Wirtschaftsredakteur

Stand: 08:04 Uhr | Lesedauer: 6 Minuten



Einfach zu viel Solarstrom: Am 1. Mai scheint die Sonne, es wird aber wenig Energie verbraucht

Quelle: picture alliance/CHROMORANGE/MPfoto71

Die Flut von wertlosem Solarstrom drückt am 1. Mai den Preis einer Megawattstunde auf das erlaubte Minimum von minus 499,99 Euro. Deshalb prüfen die Strombörsen jetzt die Senkung des Grenzwertes. Damit könnte es für die Steuerzahler bald noch teurer werden.

 Artikel anhören



-8:01

1.0x

**D**ie Solarstrom-Flut steigt weiter an: Die Kilowattstunden aus fast sechs Millionen deutschen Photovoltaik-Anlagen verursachen für die Steuerzahler am 1. Mai geschätzte Kosten im dreistelligen Millionen-Euro-Bereich. Der zulässige Grenzwert der Strombörse von minus 500 Euro wird nur noch um Haaresbreite eingehalten.

Die zur Vermarktung von Solarstrom verpflichteten Netzbetreiber werden den ungefragt produzierten Ökostrom am Freitag nur gegen eine Zuzahlung in Rekordhöhe los. Normalerweise zahlen Haushalte für den Verbrauch einer Kilowattstunde im Schnitt 37 Cent. Am 1. Mai zahlen diejenigen Verbraucher, die direkt vom Großhandel beziehen, null Cent. Wenn sie sich bereit erklären, für irgendetwas extra Strom zu verbrauchen, bekommen sie sogar noch 49,9 Cent pro Kilowattstunde als eine Art Abfallgebühr geschenkt. Die Mehrkosten werden als Netzentgelte größtenteils aus dem Bundeshaushalt, also auf Kosten des Steuerzahlers, beglichen.

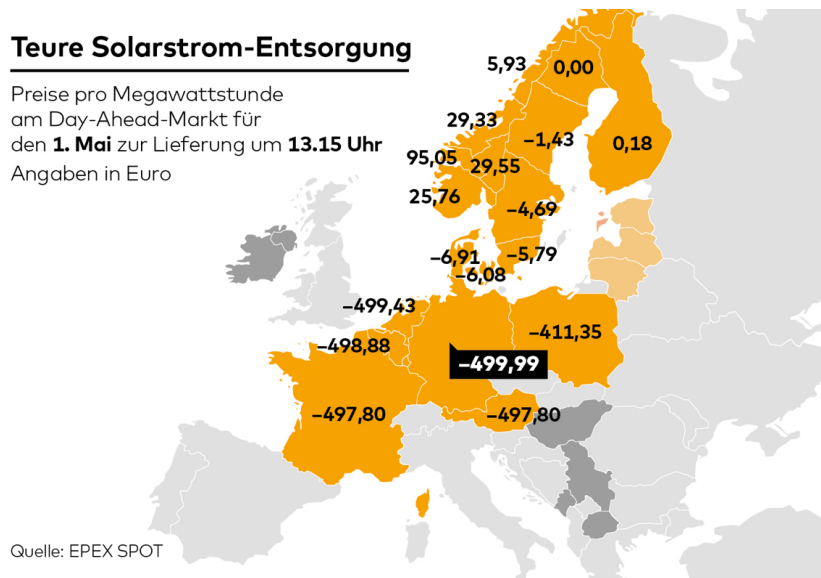
Bereits am vergangenen Wochenende hatten die oft nicht steuerbaren Solaranlagen den Energiemarkt durcheinandergebracht. Schon da sank der Wert einer Megawattstunde Solarstrom auf minus 480 Euro. Eine Woche später, am langen ersten Mai-Wochenende, wird am Markt noch mehr Stromangebot bei noch weniger Nachfrage erwartet.

## **„Ok, morgen wird es noch spannender“**

Der Energiemarkt-Experte und Chef des Beratungsinstituts Consentec, Christoph Maurer, erwartet für den Mai-Feiertag eine außergewöhnliche Lage im Stromhandel. „Ok, morgen wird nochmal spannender als letzte Woche“, postete Maurer am Freitag zum Geschehen am sogenannten Day-ahead-Markt der Strombörse EPEX Spot, an der Lieferkontrakte im Viertelstunden-Rhythmus gehandelt werden: „Jetzt sind wir schon 5 Viertelstunden lang bei minus 499,99 Euro pro Megawattstunde.“

### Teure Solarstrom-Entsorgung

Preise pro Megawattstunde  
am Day-Ahead-Markt für  
den **1. Mai** zur Lieferung um **13.15 Uhr**  
Angaben in Euro



Spannend wird es, weil die Strombörse EPEX Spot die erlaubten Gebote im Day-ahead-Segment bislang auf minus 500 Euro pro Megawattstunde begrenzt. Wenn sich trotz der Zuschüsse in dieser Höhe keine Abnehmer für Ökostrom mehr finden, müssen die Netzbetreiber aufpassen, dass der nirgendwo mehr unterzubringende Überschuss die Netzstabilität nicht gefährdet. Das Überschreiten der Minus-500-Euro-Grenze löst dann je nach Gefahrenlage eine Kaskade von Netzeingriffen aus.

Die Netzbetreiber können dann nur noch auf einen begrenzten Sicherheitspuffer für „Regelenergie“ zurückgreifen. Am vergangenen Wochenende reichte der noch aus. Sollten die zur Verfügung stehenden 2,5 Gigawatt diesmal jedoch voll ausgeschöpft werden, müssen danach Kraftwerke in der Leistung heruntergefahren oder ganz vom Netz genommen werden. Die betroffenen Kraftwerksbetreiber werden für den Noteingriff in ihr Geschäft von der Allgemeinheit entschädigt.

Reicht auch dieser „Re-Dispatch“ genannte Eingriff in den kommerziellen Kraftwerksbetrieb nicht mehr aus, bleibt als letzte Möglichkeit nur, ganze Regionen in den kontrollierten, zeitlich begrenzten Blackout zu schicken („Brownout“). Eine paradoxe Wirkung von zu viel Strom: In einigen Regionen würden stundenweise buchstäblich die Lichter ausgehen.

Während in Südosteuropa die Grenze offenbar schon gerissen wurde und Netzbetreiber ins Schwitzen gerieten, blieb in Nordeuropa der Strompreis um 1 Cent knapp unterhalb der zulässigen Marke. Eine „Markträumung“ durch den Preis fand also gerade so noch statt. Es fanden sich also immer noch Abnehmer, die bereit waren, für 499,99 Euro Zuschuss für etwas mehr Strom zu verbrauchen. Dass es nicht minus 500 Euro wurden, liegt am strategischen Bieterverhalten der meist professionellen Energiehändler und Stromverbraucher.

Die Akteure an der Strombörse waren womöglich die Betreiber von Kühlhäusern, die mit dem geschenkten Strom die Temperaturen nochmal um zehn Grad absenkten. Metallschmelzen konnten ihre Kessel noch stärker und länger erhitzen, einfach weil es dafür Stromgutschriften gab. Verschwendung, ja, aber warum nicht, wenn es dafür Geld vom Staat gibt?

Großhändler für Elektrizität konnten wohl auch Lieferkontrakte neu ausverhandeln und ihre vertraglichen Verpflichtungen nun kurzfristig mit geschenktem, vom Steuerzahler bezahlten Strom erfüllen. Auch E-Autobesitzer, die einen dynamischen Stromtarif ihr Eigen nennen, konnten am Freitag noch schnell mit einer Spritztour die Batterie leerfahren, um am Feiertag nicht nur kostenlos nachladen zu können, sondern zusätzlich auch noch Geld ausgezahlt zu bekommen.

Sie alle hatten ein Interesse daran, nicht mehr als 499,99 Euro Zuschuss für den Stromverbrauch zu fordern. Ihre Gebote an der Börse blieben stets knapp darunter, denn ab minus 500 Euro würde der Algorithmus der Strombörse EPEX Spot die maximale Angebotssumme anteilmäßig, pro rata, unter den teilnehmenden Stromverbrauchern aufteilen: Für alle gäbe es dann weniger Entsorgungsgebühr.

**Ende Mai könnte es für Steuerzahler noch teurer werden**

Doch der Geldsegen für Stromverbraucher mit freien Flexibilitäten könnte bald noch größer werden – ebenso wie die Kosten für den Steuerzahler. Denn nach den Regeln der Strombörsen können diese den zulässigen Maximalwert der Gebote „anpassen“, wenn diese zweimal hintereinander auf 70 Prozent an die Grenze heranrücken. Nach dem vergangenen Sonntag und dem 1. Mai ist dies der Fall.

Damit startet an diesem Wochenende ein Verfahren, das mit einer 30-tägigen Beobachtungsphase beginnt. Nach dem „Monitoring“ könnten Strombörsen wie die EPEX Spot in Paris entscheiden, den Gebotswert in 100-Euro-Schritten „anzupassen“. Das heißt: Der handelbare Wert einer Megawattstunde Solarstrom darf dann noch weiter in den negativen Bereich fallen, auf minus 599 oder minus 699 Euro. Ende Mai werden die deutschen Steuerzahler wissen, ob sie noch mehr für die Entsorgung von wertlosem Solarstrom werden zahlen müssen.

Wie groß die Solarstrom-Überschüsse derzeit sind, teilte die Bundesnetzagentur (BNetzA) auf Nachfrage von WELT mit. Am Sonntag vergangener Woche zwischen 9 und 17 Uhr betrug demnach die inländische Stromerzeugung rund 401 Gigawattstunden (GWh), davon entfielen etwa 306 Gigawattstunden auf Photovoltaikanlagen. Dem gegenüber stand ein inländischer Verbrauch von rund 393 Gigawattstunden. „Daraus ergibt sich eine Differenz in Höhe von etwa 8 GWh, die in den europäischen Binnenmarkt exportiert wurden“, teilte die BNetzA mit.

„In Zeiträumen, in denen in mehreren Stunden negative Preise an den Stromhandelsmärkten aufgetreten sind, kann davon ausgegangen werden, dass praktisch alle steuerbaren direkt vermarkteten Anlagen ihre Produktion eingestellt haben, da sie andernfalls hohe Beträge für die Netzeinspeisung zu zahlen gehabt hätten“, erläuterte die für Versorgungssicherheit zuständige Behörde: „Nicht steuerbare Kleinanlagen reagieren nicht auf starke Strompreissignale. Dies gilt insbesondere für die zahlreichen privaten Solar-Aufdachanlagen.“

Die zahlreichen Batteriespeicher in Deutschland reichten laut Behörde nicht aus, um die Solarstrom-Schwemme aufzunehmen. „Unter der vereinfachenden Annahme vollständig leerer Speicher könnten diese Anlagen zwar grundsätzlich 28 Gigawattstunden aufnehmen, wären jedoch bereits nach rund 1,6 Stunden vollständig gefüllt“, teilte die BNetzA mit.

Die weitaus meisten dieser Speicher dienten ohnehin „anderen Zwecken als dem Strommarkt: Entweder werden sie für die Erbringung von Regelleistung verwendet, was eine Beteiligung am Markt weitgehend ausschließt, oder sie werden zur Optimierung des Eigenverbrauchs verwendet, also außerhalb des Strommarktes“. Aus diesen Gründen, so die Behörde, „spielen die heute installierten Speicher auch bei den stark negativen Preisen des Wochenendes kaum eine relevante Rolle im Markt“.

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) versucht derzeit mit Gesetzesinitiativen, den Erneuerbaren-Ausbau mit Batterie- und Netzkapazitäten in Einklang zu bringen. Allerdings stößt sie dabei auf starken Widerstand der SPD in der Bundesregierung und großer Teile der Ökostrom-Szene.

***Dieser Artikel wurde für das Wirtschaftskompetenzzentrum von WELT und „Business Insider Deutschland (<https://www.businessinsider.de/>)  geschrieben.***

***Daniel Wetzel (<https://www.welt.de/autor/daniel-wetzel/>) ist Wirtschaftsredakteur in Berlin. Er berichtet über Energiewirtschaft und Klimapolitik. Er wurde 2007 vom Verein Deutscher Ingenieure (VDI) mit dem Robert-Mayer-Preis ausgezeichnet und vom Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität Köln 2009 mit dem Theodor-Wessels-Preis.***

Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen  
<https://epaper.welt.de>